

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Wochenchrift „Die Joren“

Erste Ausgabe 1 mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 10 Pf., vierteljährlich 2.40 Pf. Durch Träger und Agenturen frei von Post monatlich 1 Pf., vierteljährlich 3 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1 Pf., vierteljährlich 3 Pf. ohne Bestellgebühr. Einzelnummer 5 Pf.

Verlag und Redaktion: Nikolastr. 11
Filialen: Mauritiusstr. 12 und Bismarckring 29

Anzeigenpreise: In Wiesbaden 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Reklamseite 1.20 Pf. Sonderbeilagen 5 Pf. pro 1000. Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 1 Uhr mittags, Morgen-Ausgabe 7 Uhr abds. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017; Filiale I Mauritiusstraße 12 Nr. 2024, Filiale II Bismarckring 29 Nr. 2025.

Nummer 616.

Samstag, 2. Dezember 1916.

70. Jahrgang.

Generaldebatte über das Dienstpflichtgesetz.

In der Dobrudscha zwei der berühmten englischen Panzerautomobile erbeutet.

Deutscher Reichstag.

Öff. Drahtbericht der „Wiesbadener Zeitung“.

Berlin, 2. Dezember.

Am Bundesratsitz Saalfeld, v. Stein, Visco, Bahnische, Gröner.

Präsident Reppert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 30 Min. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes.

In der Generaldebatte führt

Abg. Regien (Soz.) aus: Die ganze Hauptkraft soll in den Dienst des Landes, der Allgemeinheit gestellt werden. Dafür sind zwei Voraussetzungen notwendig: Das die großen Massen davon überzeugt sind, daß wir uns in einem Verteidigungskrieg befinden, andererseits, daß jeder auch den Willen hat, seine volle Arbeitskraft einzusetzen. Wenn Deutschland niedergeworfen würde, würden nicht nur Deutschlands Grenzen enger gezogen, wir würden auch von dem Weltmarkt verdrängt werden. Darunter würden in aller Linie die Arbeiter leiden. Deutschland darf nicht wieder ein Menschen erpörenderes Land werden. In erster Linie würden es die Arbeiter sein, die in anderen Ländern Lohn und Freiheit finden würden. Beide müssen sie in Deutschland finden. Deutschland befindet sich gegenwärtig mehr denn je in einem Verteidigungskrieg. Den Opfermut unserer Soldaten wollen wir nicht nur erhalten, sondern auch fördern, beleben und erneuern. („Bravo!“) Wir wollen unsere Söhne und Brüder nicht der Vernichtung preisgeben unter dem Haken der Gefolge der ganzen Welt. Wir müssen vielmehr den Weanern in dieser Beziehung gewachsen sein. Wir wollen den Frieden und hoffen, ihn näher zu kommen, wenn der Feind erkennt, daß starke Kräfte im deutschen Volk noch schlummern, und daß unsere Feinde nicht das erreichen können, was sie wünschen. Das ganze deutsche Volk wird Widerstand leisten. („Bravo!“) Wir können alles ab, was dahin führen könnte, daß der Feind als in einem Verteidigungskrieg befindlich erachtet würde. Zur Verteidigung, nicht zur Eroberung wollen wir unsere ganze Kraft aller Volksteile einsetzen. Wir werden bei dem Gesetz in der Hoffnung der zweiten Lesung stimmen. Beistimmen Sie aber nicht die geringen Rechtsgarantien in dem Gesetz, namentlich für das Vereins- und Versammlungsrecht. Greifen Sie und die Zustimmung durch die Erhöhung der Familienunterstützungen und durch die Verhinderung einer Erhöhung der Kohlenpreise. Das Reichsamt möge in den Arbeiterfragen den Geist des Reichsministeriums atmen und nicht den des Staatssekretärs des Innern. (Lebhafte Zustimmung.) Nichten Sie auch Ihre weitere Politik danach ein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag des Abg. Ledebur (Soz. Arbeitsgem.) auf namentliche Gesamtabstimmung findet nicht die erforderliche Unterstützung. Nur die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und ein Teil der Konservativen stimmen dafür.

Abg. Giesberts (Nrz.): Das Gesetz hat heute nationale Bedeutung. Alle Kraft und Entschlossenheit setzt es, den Krieg siegreich durchzuführen. Wir wollen es möglichst einmütig verabschieden. Wir dürfen kein Menschen erpörenderes Land wieder werden. Garantien müssen geschaffen werden, und Härten müssen vermieden werden. Diesen Forderungen an die Arbeitskraft müssen Gegenleistungen gegenüberstehen. Das Gesetz muß mit Ernst durchgeführt werden. Nicht kritisieren, sondern geschlossen müssen wir das Gesetz annehmen und durchführen angesichts seiner großen aktuellen Bedeutung. (Beifall.)

Staatssekretär Helfferich: Den beiden Vorrednern danke ich für den patriotischen Geist ihrer Ausführungen. Sie werden das Gesetz wesentlich erleichtern, denn die Härten, die hinter ihnen stehen, sind für das Gesetz von ausschlaggebender Bedeutung. Die freundliche Mitarbeit der Reichsregierung ist nötig. Auch die verbündeten Regierungen haben auf diesem Boden; sie werden in diesem Geist zu ihren Beschlüssen Stellung nehmen. Ein kleiner Schmerz ist es mir, daß ich als böser Geist hineingesetzt wurde, vor dem gewarnt werden mußte. (Sehr richtig! Ank.) Eine etwas bessere Fassung hätte ich doch verdient. Bei mir handelt es sich nicht um Interessen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern lediglich nur um den vaterländischen Gesamtzweck des Gesetzes. Wir stehen in einem großen Weltkrieg, deshalb müssen wir um so mehr Einheit und Frieden im Innern zeigen. Der Bundesrat wird heute die Entscheidung über die Familienunterstützung treffen; ich hoffe, daß wir zufrieden sein werden.

Abg. Haase (Soz. Arbeitsgem.): Wir können dem Gesetz alles nicht antun. Tausende kleine Existenzen werden gefährdet. Den Kriegsindustriellen werden immer weitere Verdienste zugeschoben. Andererseits leben wir die Extravaganzen in den Lebensmittelpreisen. An die reichen Milchwirtschaftler denkt heute kein Mensch mehr; sie wirken zunächst nur dekorativ. Das Gesetz ist ein politisches; man will militärische Personen abstellen können. Nicht Freiheit ist der Zweck, sondern Ansehen der Arbeiter. Eine solche Annahme weisen wir zurück.

Abg. Behrens (Deutsche Kraft): Abg. Haase hat das Gesetz ein Ausnahmengesetz genannt — zu einer solchen Be-

schimpfung hat er kein Recht. Seine kleine Gruppe hat keine Fühlung zur Arbeiterschaft. Auch diese will den Krieg siegreich beenden. Wir steht Vaterland und deutsche Freiheit am höchsten. (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär Helfferich: Ich kann mich diesen Ausführungen nur anschließen. Wenn Abg. Haase einen angeblichen Erlaß des Gouverneurs v. Bissing aus einer feindlichen oder zweifelhaft neutralen Stellung erwähnt hat über unrechtmäßige Heranziehung belgischer Arbeiter, so ist zu sagen, daß wir uns streng an dem Völkerrecht halten. Milchwirtschaftler in Belgien dienen England, und Englands Geschäfte zu belagern sind wir nicht gewohnt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Bauer (Soz.): Wir haben im Ausnahmefall manche Verbesserungen für die belgischen Arbeiter erzielt.

Abg. Dittmann (Soz. Arbeitsgem.): Die Zukunft wird entscheiden, auf welcher Seite die Arbeiterschaft steht, auf der der Arbeitgemeinschaft oder der der Fraktion. Die Metallarbeiter Berlins haben sich in einer Resolution gegen dieses Gesetz ausgesprochen.

Abg. Regien (Soz.): Es sind sogar zwei Resolutionen beistimmen worden, die einander aufheben. (Große Beifall.)

Damit schließt die Generaldebatte. Nunmehr beantragen die Mehrheitsparteien, die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen.

Die §§ 1 bis 8 werden angenommen. (Schluß folgt.)

Berlin, 2. Dez. (Öff. Tel. Feut. Bl.)
Im Reichstage wird heute die Sibirienvorlage (Ankauf weiterer Aktien durch den Staat) zur Verprechung gelangen.

Amtlicher bulgarischer Tagesbericht.

Sofia, 1. Dez. (Wolff-Tele.)

Rumänische Front. In der Batachei dauert der Vormarsch siegreich und ohne Unterbrechung fort. Am 24. November überschritten unsere Divisionen rasch die Donau bei Jimicea und drängten kühnlich gegen Ankerst vor. Ueberall brachen sie in erbitterten Kämpfen den verzweifelten Widerstand des Feindes und stürzten ihm schwere Verluste zu. Am 27. November befehlet sie nach schwerem Kampf Guraia. Am 30. November überschritten sie die Linie Comana-Brantari-Isaurens, ungefähr 20 Kilometer von dem Fortschritt von Bukarest ab.

Wir überwand den verzweifelten Widerstand des Feindes und erbeuteten 2 schwere und 14 Feldgeschütze sowie 7 kleine Kanonen und 5 Maschinengewehre und machten ferner 4 Offiziere und 200 Soldaten zu Gefangenen. Auf dem Schlachtfeld ließ der Feind zahlreiche Tote und Verwundete zurück.

In der Dobrudscha griff das 4. sibirische Korps, bestehend aus der 2. und 10. Infanteriedivision mit 15 Batterien, nach längerer Artillerievorbereitung von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags dauernd unseren linken Flügel zwischen dem Dorf Satislovi und der Donau an. Der Angriff wurde aus von Batterien vom linken Donauufer her unterstützt. Gegen 11 Uhr nachmittags näherte sich die feindliche Infanterie unter dem Schutz des Nebels unseren Stellungen. Es entspann sich ein äußerst erbitterter Kampf. Zwei Panzerautomobile näherten sich mitten im stärksten Kampfswahl unseren Schützengräben. Unsere tapferen ruhmreichen Regimenter der Division Pressen unternahmen einen mutigen, kühnlichen Gegenangriff und schlugen den Anmarsch überal blutig zurück. Sie erbeuteten die Panzerautomobile, in denen vier Maschinengewehre gefunden wurden. Zwei Offiziere und 25 Mann wurden hier gefangen genommen. Der Feind zog sich in seine ursprüngliche Stellung zurück. An der Donau Infanterie und Artilleriefeuer.

Die Kriegslage so günstig wie lange nicht.

Dresden, 2. Dez. (Öff. Tel. Ab.)

In der gestrigen Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Reichstag teilte der Reichstagsabgeordnete für Elb- und Dr. Wiedemann, eine Leuchte Ludendorffs mit, daß die Kriegslage im gegenwärtigen Augenblick so günstig sei, wie lange nicht.

Amerikanische Finanzvorsicht.

New-York, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Firma A. V. Morgan u. Co. bringt den beabsichtigten Verkauf von französischen und englischen Staatsanleihen nicht zur Ausführung, wozu sie erklärt, daß dies auf eine Weisung der englischen und der französischen Regierung gesehe, die dadurch jedwede Maßnahme auf die Anordnungen der Aufsichtsbörden der Bundes-Reservebanken zu bezeugen wünschten.

Ein Schlaglicht.

Der Vergleich in der Verteidigungsangelegenheit Cohnmann-Valentin hat ergeben, daß — ganz vorsichtig ausgedrückt — Leute, die im Auswärtigen Amte wissenshaftlich und politisch beschäftigt sind oder waren, sich verwerflicher Mittel bedienen haben, um bedeutende, dem deutschen Volksvermögen nachstehende Personen mit Schmutz zu bewerfen. Professor Valentin, der sich unterstand, den Großadmiral von Tirpitz schmälicher Handlungen zu beschuldigen, ist nur einer; es gibt von dieser Sorte aber noch mehr. Und auch nicht nur Tirpitz allein war das Ziel ihrer Mauthurfsarbeit. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, auf die elenden Klatschgeschichten zurückzukommen, die damals umhergetragen wurden. Auch auf die breitere Wiedergabe der unerwandlichen Gerichtsverhandlung Cohnmann-Valentin hätten wir gerne verzichtet; die Art und Weise aber, wie gewisse Blätter die völlig zu Ungunsten Valentins verlaufene Verhandlung und den demgemäß abgefochtenen Vergleich aufzunehmen, nötigt uns, durch die Wiedergabe des ausführlichen Berichtes ein Schlaglicht in die dunklen Winkel derjenigen zu werfen, die aus persönlicher Liebedienerei, Geschäftspolitik, demokratischer oder sozialistischer Lebensanschauung oder aus irgend einem anderen Grunde sich berufen fühlen, eine Mauthurfs-politik zu treiben, die jedem wirklich deutsch Gesinnten zuwider sein muß und die wir als schädlich für Thron, Regierung, Reich und Volk erachten. Die Frankfurter „Volksstimme“, die sich, wie auch ein anderes Frankfurter Blatt, nicht genug tun konnte in der Verteidigung Valentins und der Verunglimpfung Cohnmanns, bringt die Mitteilung des Vergleichs an verkehrter Stelle und hängt daran die Bemerkung: „An der politischen Bewertung der Kanzlerfronde ändert sich ein Prozess nichts.“ Es war zum mindesten sehr ungeschickt, den Kanzler überhaupt in Beziehung zu „einem solchen Prozess“ zu bringen. Die Sozialdemokraten, von Scheidemann bis zur „Volksstimme“, gehören zu jenen, vor denen der Kanzler ausrufen darf: „Gott behüte mich vor meinen Freunden!“ Und nun zum Verhandlungsbericht:

Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Mayer, richtet an die Parteien folgende Mahnung:

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß sich Kläger und Beklagter wohl überlegt haben, ob sie in diesen schweren Tagen mit dieser Angelegenheit vor die Öffentlichkeit treten sollen. Ich bin überzeugt, daß beide sich des hohen Maßes der Verantwortung dem Vaterlande gegenüber bewußt sind. Ich bin auch überzeugt, daß es nicht eines besonderen Appells bedarf, daß der Prozess in einer Weise geführt wird, daß die Feinde, die hier zum Deutlichsten hinstehen, ihre Freude daran haben. Wir wollen also den Prozess so führen, daß nach außen hin der Eindruck gewahrt bleibt, daß Deutschland ein einiges Volk ist, wenn sich auch hier zwei Personen als Kläger und Beklagter gegenüberstehen. Wir wollen den Prozess so führen, daß Dinge, die an sich vollkommen harmlos und klar sind, nicht falsch zum Schaden des Deutschen Reiches gedeutet werden können. In jeder Phase des Prozesses wollen wir uns aber überlegen, ob sich die Sache nicht ausgleichen läßt. In diesem Zeitpunkt kann ich es noch nicht übersehen.

Verteidiger J. H. Bernheim erklärt sodann, daß er die Verteidigung nur übernommen habe unter der Versicherung, daß jede Erörterung vermieden werden müsse, die dem Interesse des Vaterlandes Schaden könnte. Prof. Cohnmann habe lediglich das Interesse, darzulegen, daß er ein ehrlicher Mann sei und in diesem Prozesse sein Recht vertrete. Alle anderen Fragen können durch Vergleich ohne weiteres erledigt werden. Aufgeklärt aber müsse werden, ob Prof. Valentin von einem Diebstahl im Reichs-marineamt gesprochen habe, oder ob das eine böswillige Verleumdung von Cohnmann sei. Wenn Prof. Cohnmann diese Behauptung erfunden hätte, würde er sich einer ehrenlosen, gemeinen Handlung schuldig gemacht haben. Prof. Cohnmann wolle keine Rache, sondern nur Gerechtigkeit.

Vors. Oberlandesgerichtsrat Mayer fragt, ob nicht Mitverständnisse haben und drücken vorliegen. Der Verteidiger Juchacz v. Pannwitz gibt an, daß das vaterländische Interesse im frühesten Stadium veranlassen müsse, den Prozess durch Vergleich aus der Welt zu schaffen. Aber wenn man in die Sache eingehe, sei es nötig, auch eine Eingabe von Prof. Cohnmann vom 4. August an das kaiserliche Kriegsministerium zu verlesen. Das sei nur ein Dokument, das er hervorheben wolle. Er denke sich den Vergleich so, daß Prof. Valentin erklärt, er nehme alle

Beleidigungen zurück, und ebenso Prof. Cohnmann. Dann werde das Interesse beider Parteien gewahrt.

Der Vorsitzende äußert ferner: Ich möchte einen Vergleich auf folgender Grundlage vorschlagen: 1. Prof. Valentini erklärt: Ich nehme alle diese, durch Briefe und durch die Presse gegen Prof. Cohnmann erhobenen Beleidigungen zurück. Insbesondere gebe ich zu, daß die Äußerung, die ich im Gespräch vom 21. Juni gemacht habe, so aufgeführt werden könnte, wie Professor Cohnmann es getan hat, so daß der Vorwurf der Lüge nicht begründet werden kann. 2. Prof. Cohnmann erklärt: Wenn ich in meiner Eingabe an das bayerische Kriegsministerium vom 4. August in formeller Beziehung gegen Prof. Valentini zu weit gegangen sein sollte, bedaure ich das.

Verteidiger Justizrat v. Pannwitz: Diese Erklärung würde das väterländische Interesse wahren, aber nicht den Tatsachen entsprechen und für Prof. Valentini ein moralisches Parakrit sein und seine Karriere vernichten. Man muß doch die Seelenheilung des Zuhörenden bei dem Gespräch berücksichtigen. Es waren damals alle möglichen Gerüchte verbreitet. Mein Klient erklärte, es wurde in der Unterhaltung, die 1½ Stunden dauerte und sehr erregt war, von dem Nebeneinanderarbeiten des Reichsmarineamts und des Auswärtigen Amtes gesprochen. Prof. Valentini gibt an, daß er gesagt habe, daß die Unterlagen über die U-Boote von hinten herum zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gekommen sind.

Vorl. Oberlandesgerichtsrat Mayer: Wollen Sie uns auch sagen, was dieses Hintenherum bedeuten sollte?

Verteidiger Justizrat v. Pannwitz: Ich habe eine längere Erklärung ab, in der er sich auf die Verhandlungen im Reichstage und den Briefwechsel zwischen dem Reichsfinanzminister und Tirpitz bezieht. Er verweist darauf, daß ohne diese Mißverständnisse bekämpft hätten.

Verteidiger Justizrat Bernheim: Wir sind überrascht. Dr. Pannwitz hat immer von einem Märchen über den Diebstahl gesprochen und jetzt mit einem Mal wird ausgesprochen, daß Prof. Valentini etwas gesagt hat, was als Diebstahl gedeutet werden kann.

Es wird zunächst

Professor Valentini zur Klage vernommen.

Er schildert die Beziehungen, die er zu Cohnmann und dessen Vater gehabt habe. Er sei dort aus- und eingegangen, daher habe er bei seiner Anwesenheit in München Cohnmann wieder besucht. Das Gespräch lenkte sich auf Politik. Es war streng vertraulich. — Vorl.: Wie kann es vertraulich sein, wenn ein wildfremder, Deutscher, dabei war? — Prof. Valentini: Die Freunde meiner Freunde sind auch meine Freunde, Deutscher war auch gebunden, zu schweigen. Cohnmann machte Angriffe auf die Reichsregierung und hat mich dadurch gereizt. Ich bin Historiker, was Cohnmann nicht ist. Ich habe den Eindruck, daß Cohnmann nicht kompetent sei, über die Persönlichkeiten der Reichsregierung zu urteilen. Cohnmann hatte ganz romantisch über Herrn von Tirpitz gesprochen, was mich zu scharfen Äußerungen reizte. Er sprach davon, daß zwei Richtungen im Reichsmarineamt und Differenzen beständen. Ich sprach von Differenzen zwischen Marineamt und Auswärtigem Amt und über die U-Boote, aber nicht der verstorbenen Admirale, und da sagte ich, ich habe von Bekannten erfahren, daß das Auswärtige Amt sich in den Besitz der richtigen U-Boote von hinten herum geflüchtet habe. — Vorl.: Wenn nun das Wort Diebstahl gefallen ist, dann müssen Sie es angeben. — Prof. Valentini: Ich erinnere mich nicht. — Auf weiteres Befragen erklärt er, daß er damit sagen wollte, es sei nicht wahr. Cohnmann habe ihm vieles gesagt, was er nicht wußte. Wenn er von letzterer Stelle gesprochen habe, so habe er die Willkür und nicht: Reichsmarineamt gemeint. Drei Wochen später sei ihm eröffnet worden, daß Tirpitz sich über ihn beschwert habe. Der Reichsfinanzminister habe ihm mitteilen lassen, daß die Angabe, v. Tirpitz habe falsche Zahlen angegeben, unzutreffend sei. Tirpitz habe

die richtigen Zahlen angegeben.

damit sei die Sache für ihn erledigt gewesen. Hinterher habe er erfahren, daß die Eingabe Cohnmanns an das bayerische Kriegsministerium überall verbreitet wurde und daß die ungeheuerlichsten Dinge über ihn im Umlauf seien. Er hatte das Gefühl, daß es sich um ein Ressel-treiben gegen ihn handele. Da habe er im Affekt den Brief geschrieben. Er würde ihn nicht noch einmal schreiben, aber menschlich sei es verständlich.

Nach einer Reihe von Fragen äußert sich

Professor Cohnmann:

Er bekennt, daß das Verhältnis zum Valentiniischen Hause so eng war, daß man von freundschaftlichen Familienbeziehungen sprechen könne. Alles habe sich so abgepielt, wie er es in der Eingabe und in der Presse dargestellt habe. Es kam zu einer besonderen Erregung, als das Gespräch sich auf Tirpitz lenkte, weil ich Herrn v. Tirpitz große Bedeutung beilegte. Ich sagte, es sei schade, daß dieser Mann, der im Anfang des Krieges als größte Autorität gegolten habe, jetzt in St. Blasien spazieren gehe. Da lächelte Valentini und sagte: Sie glauben auch an den Mann mit dem großen Bart. Weiter sagte er, ich überschätzte die marintech-nischen Vorzüge, das sei alles nicht so. Er kam dann auf die Frage der Tirpitzschen „Räufungen“ zu sprechen, und dieses zu einer Zeit, in der gerade die Verdienste des Großadmirals v. Tirpitz nach der Seeschlacht am Skagerrak durch den Kaiser anerkannt waren. Von diesem Mann wurde mir nun gesagt, er sei ein Verbrecher. Denn es war doch klar, daß wenn Großadmiral v. Tirpitz die entscheidende Stelle der Reichsleitung betrat, er ein Verbrecher sein müßte. Ich war empört über diese Verdächtigung, die zum erstenmal in so greifbarer Form mir entgegenkam, und zwar aus dem Munde eines Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes. Ich habe dieser Enttäuschung auch zu Geheimrat Maas Ausdruck gegeben und gesagt: Mit welchen Mitteln von Berlin aus gearbeitet wird, sehen Sie daran, daß Valentini das und das gesagt hat. Von einem vertraulichen Charakter des Gesprächs war keine Rede. Die Absicht des Prof. Valentini ging auch nicht dahin, daß außer mir und Deutscher niemand etwas davon erfahre. Er wollte mich von Tirpitz abbringen und erreichen, daß ich ihm glaube. Es wäre ihm ganz recht gewesen, wenn ich weiter erzählt hätte, ich habe von guter Quelle aus Berlin erfahren, daß Tirpitz unaufrichtige Dinge behauptet habe. Was er nicht wollte, war, daß ich der Sache nachgehe und Herrn v. Tirpitz in Kenntnis setze. Nach seinem Weggang habe ich mich mit Deutscher das Wichtigste abgesprochen. In der Eingabe an den Kriegs-minister habe ich rein objektiv die Ausführungen Valentini's wiederholt. Ich habe nichts weiter von ihm behauptet, als daß er ein Unfug gewesen sei, nicht etwa, daß der Reichs-finanzminister ihn nach München geschickt habe, sondern daß er als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes mit der Autorität der Informiertheit zu Publizisten augehe und ihnen Dinge erzähle, in der Hoffnung, daß sie sie glauben. Ich glaube, daß, wenn ich nicht Herausgeber der „Süddeutschen Monats-hefte“ und alter Bekannter gewesen wäre, er nicht zu mir gekommen sein würde.

Seine Papierfabrikant Theodor Deutscher: Ich bin bei Prof. Cohnmann gewesen, als Prof. Valentini hinkam.

Wir wurden vorgeführt. Von einer vertraulichen Unterredung war keine Rede. Als das Gespräch auf Tirpitz kam, sagte Valentini:

Tirpitz werde außerordentlich überschätzt.

er sei ein Mann, der mit falschen Zahlen operiere. Ich war empört und stellte ihn zur Rede, ob er nicht wisse, daß Tirpitz eine Untersuchung beantragt habe, und daß diese zu seinen Gunsten ausgefallen sei. Darauf sagte Valentini: Vielleicht hat man gegen den alten Herrn nicht vorgehen wollen. Das Auswärtige Amt hat durch Diebstahl im Reichsmarineamt feststellen können, daß die von Tirpitz gegebenen Zahlen über den verstorbenen Reichsraum falsch waren. Herr v. Capelle hat nachher die richtigen Zahlen angegeben. Daß aber Diebstahl gesprochen wurde, ist mir ganz sicher, von „hinten herum“ wurde gar nicht geredet. Wir nahmen nachher ein Protokoll auf, Cohnmann und ich haben jedes Wort überlesen. Der Junge bleibt auf wiederholtes Vorhalten mit aller Bestimmtheit bei seiner Angabe, daß Prof. Valentini von Diebstahl gesprochen hat.

Professor Valentini erklärt auf Befragen noch, daß er nicht als Unfug nach München gekommen sei, sondern, da er einmal dort war, habe er Prof. Cohnmann als alten Bekannten besucht. Als er Cohnmann sagte, daß er im Auswärtigen Amt tätig sei, habe Cohnmann sofort über Politik zu sprechen angefangen. Er machte dem Reichsfinanzminister und der Reichsleitung schwere Vorwürfe und sagte, die Regierung habe allen Kredit verloren. Er, Valentini, habe den Reichsfinanzminister zu verteidigen gesucht. Cohnmann stellte Herrn v. Tirpitz als die größte Persönlichkeit hin, und da habe er, Valentini, geäußert, wie er sich ihm darstelle. Er gebe an, daß er scharfe Ausdrücke gegen Tirpitz gebraucht und auch gesagt habe, daß verschiedene Richtungen im Marineamt vorhanden seien, eine ältere und eine jüngere. Er habe auch gesagt, daß Tirpitz Zahlen angegeben habe, die sich als unrichtig erweisen hätten. Cohnmann bestritt das und da habe er im Zusammenhang dieses Gesprächs erwähnt, daß das Auswärtige Amt die Zahlen von hinten herum aus dem Reichsmarineamt bekommen habe. Er habe sich dabei gedacht, auf inoffiziellen Wege durch einzelne Beamte oder durch Indiskretion, wie es überall vorkomme.

Seine Geheimrat Prof. Dr. Erich Marsch erklärt, daß er von der Sache gar keine Erinnerung habe, wie er auch schon in seinem Briefe geschrieben hat.

Vorl. Oberlandesgerichtsrat Mayer:

Ich glaube, den Parteien nochmals einen Vergleich nahelegen zu sollen und halte ihnen vor, daß von dem Jungen Deutscher eine beschworene und unanfechtbare, Eindruck machende Aussage vorliegt, während der Junge der anderen Partei, Prof. Marsch, sich nicht erinnert und andererseits die schwankende Aussage des Prof. Valentini über Diebstahl oder hinten herum vorliegt. Ich sage jetzt offen: für mich ist die Aussage des Jungen Deutscher unerschütterlich. Es handelt sich hier ja nicht um eine Geldstrafe. Was der Beklagte mehr zu befürchten hat, sind die tatsächlichen Feststellungen. Es wäre jetzt an der Zeit, nicht bloß aus väterländischen, sondern auch aus persönlichen Gründen sich zu vergleichen.

Vorl. Dr. Bernheim: Wir verlangen, daß die Ehre des Herrn Prof. Cohnmann völlig wiederhergestellt wird. Ich bin in der Lage, zu beweisen, daß Prof. Valentini derartige Äußerungen gemacht hat. Es sind Zeugen hier, die bezeugen werden, daß auch zu ihnen Prof. Valentini von Diebstahl gesprochen hat.

Als diese Zeugen in der Zeitung lasen, daß er das bestritt, haben sie sich entrüstet gemeldet. Trotz allen Mitgeföhls für Prof. Valentini kommen wir nicht darum herum, daß er zugibt, die Wahrheit zugeben zu haben.

Es kommt nach längerem Hin und Her zu dem mitgeteilten Vergleich:

„Professor Valentini nimmt als unbegründet sämtliche beleidigenden Äußerungen gegen Professor Cohnmann zurück und trägt die Kosten einschließlich der dem Kläger erwachsenen Auslagen. Die Privatklage wird zurückgenommen, auf die Widerklage wird verzichtet.“

Beinahe das halbe Rumänien erobert.

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel. Berl. Bl.)

Ueber unsere Errungenschaften in Rumänien stellt die „Täg. Rundsch.“ fest, daß der Landgewinn in Westrumänien rund 35 000 Quadratkilometer beträgt. Es kommt hinzu der Gewinn in der Dobrudscha, den man in runden Zahlen mit 15 000 Quadratkilometer beziffern kann. Unser ganzer Besitz in Rumänien beträgt rund 50 000 Quadratkilometer. Ganz Rumänien umfaßt einschließlich der Dobrudscha in runden Zahlen 123 000 Quadratkilometer. Unser Besitz stellt somit beinahe die Hälfte ganz Rumäniens dar. Zugleich ist er aus mehreren Gründen der reichste Teil des Landes.

Große Getreidemengen in Rumänien erbeutet.

Budapest, 2. Dez. (Eig. Tel. B.)

„Vesti Naplo“ berichtet über die in den kleinen Balahai erbeuteten Vorräte an Getreide, die in die Hände unserer siegreich fortziehenden Truppen gefallen sind. Die Getreidemengen sind sehr groß; daran ändert das Bestreben der Entente, ihre Leser mit dem Hinweis zu trösten, daß das Getreide schon früher nach Braila und Galatz in Sicherheit gebracht war, nichts, denn es ist unmöglich, daß die Rumänen die neue Ernte seit dem Kriegsausbruch dorthin geschafft haben können. Die Eisenbahnen waren fortwährend von Truppentransporten in Anspruch genommen. Der Wasserweg auf der Donau wurde von den Bulgaren für Rumänien unzugänglich gemacht. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Rumänen jetzt erst in die Speicher geschafft wurde; er kommt auch uns zugute.

Hoffnungslos.

Stockholm, 2. Dez. (Eig. Tel. S.)

Wie ein bulgarischer Blatt meldet, hatten sich die Dörfer am Arges in ein Fliehlinglager verwandelt. Am 25. November aber erließ der Stadtkommandant von Bukarest den Befehl, mit Rücksicht auf die Landesverteidigung die Dörfer von allen Flüchtlingen zu säubern. Das zweite Pionierregiment erhielt den ehrenvollen Auftrag, diese Säuberungsarbeit vorzunehmen, und die Flüchtlinge wurden in den Branistari-Sumpf zwischen Kologari und Ralaoada gelagt, wo der Hauptteil umkam. Nur wenigen gelang es, auf der Landstraße freizukommen, die nach der zwar feindlichen Eisenbahnlinie führte. Auf die bulgarische Bevölkerung soll die Nachricht von diesen Vorgängen einen erschütternden Eindruck gemacht haben. Die Stimmung in der rumänischen Hauptstadt wie im ganzen Lande wird als hoffnungslos geschildert.

Aus Griechenland.

Bern, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

„Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Ministerpräsident Vamvakis hat gestern Abend Erklärungen abgegeben, in denen die ablehnende Haltung der Regierung bekundet wird. Die antivenetianischen Mächte nehmen eine drohende Haltung an und verlangen Widerstand. Mehrere Athener Regimenter sind mit Kriegsmaterial nach Nordosten abgezogen.

In der Lage scheint eine Wendung einzutreten. Rumänien läßt mitteilen, daß ihm Zusicherungen gegeben worden seien, die öffentliche Ordnung werde nicht achtet werden und daß er geeignete Maßnahmen getroffen habe.

Basel, 2. Dez. (Eig. Ber. B.)

„Rufloje Slowo“ meldet aus Athen, daß das zweite und das dritte griechische Korps eine Adresse an den König richteten, wonach Widerstand in Thessalien gefordert wird.

Eugano, 2. Dez. (Eig. Tel. E.)

Der Athener Berichterstatter des „Corriere della Sera“ bestätigt, daß die griechische Regierung die Fortführung des Kriegsmaterials aus Athen gegen Norden fortsetzt. Der König blieb unerschütterlich.

Das freie Geleit.

Amsterdam, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Dem „Allgemeen Handelsblad“ zufolge wird der „Morning Post“ aus Washington gemeldet, man glaube, daß die entschlossene Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten die Alliierten veranlassen werde, den neuen österreichisch-ungarischen Vorkämpfer Grafen Tarnowski doch freies Geleit zu gewähren.

Der drohende englische Bergarbeiterstreik.

Rotterdam, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Der „N. Rotterd. Cour.“ meldet aus London: Die Leitung des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales hat gestern die Forderung nach einer Lohn-erhöhung von 15 Prozent wiederholt und dagegen protestiert, daß nur das Kohlenbecken von Südwales unter Regierungskontrolle gestellt würde. Die Auffassungen über die neue Maßregel sind geteilt. Es wird davon abhängen, welchen Beschluß die Regierung bezüglich der Lohnforderung fassen wird.

Die „Times“, die bisher in der Lohnfrage für die Arbeiter war, warnt sie jetzt davon, um jeden Preis in den Ausstand zu treten, denn die Staatskontrolle habe die Lage verändert. Sie würden sich als schlechte Patrioten stellen, wenn sie streikten.

Das verlorene Nationalbrot.

London, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Meldung des Reuterschen Bureaus. Die nationale Bäckervereinigung beschloß vorzuschlagen, das neue Nationalbrot zu nennen. Die Bäder von Birmingham beschloßen, ab 4. Dezember den Preis des Pfund-Brotes um einen halben Penny zu erhöhen, da das neue Nationalbrot um einen Schilling teurer ist, als das gewöhnliche Mehl.

Krisis im italienischen Zeitungsgewerbe.

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel. B.)

In Eugano sind seit Mittwoch Abend sämtliche italienische Zeitungen ausgeblieben. Auch der „Avanti“ erscheint nicht. Die Seher fordern jetzt 35 Prozent Lohnerhöhung.

Rußland auf japanische Waren angewiesen.

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel. B.)

Ueber die in Rußland herrschende Lebensmittelkrise bringt die „Vossische Ztg.“ Einzelheiten. Besonders in Zucker herrscht großer Mangel. Wochenlang kommt nur keine Zuckerrüben. Demnach sollen solche aus Japan kommen. Japan habe keine Ausfuhr nach Rußland verhindert. Es werde bald den größten Platz am russischen Markte einnehmen.

Die polnischen Legionen in Warschau.

Warschau, 2. Dez. (Wolff-Tele.)

Unter dem kühnen Jubel der ganzen Bevölkerung zogen gestern die polnischen Legionen in die feierlich geschmückte Stadt ein. Auf den Straßen herrschte am frühen Morgen ein lebhaftes Treiben. In den Eingangsstraßen bildeten Schulkinder und Vereine Spalten. Am Eingang waren beteiligt das Kommando der polnischen Legionen mit den Stadtritten, das Kommando der zweiten und dritten Brigade, das dritte Infanterie-Regiment, das zweite Ulanen-Regiment und eine technische Kompanie. An der Spitze der Truppen, die durch eine vorzüglichen Eindruck machten, ritt der Kommandant General Szeptycki. Am Wiener Bahnhof wurden die Truppen von einer Vertretung der Stadt begrüßt. Stadtratspräsidenten vorheriger Universitätsdirektor Brudajski hielt eine Ansprache, auf die Szeptycki erwiderte. Dann erfolgte der Einmarsch in die Stadt. Vor dem Triumphbogen zwischen Marjan Komsta und Roma Swiat wurden die Legionen von Korporationen und Vereinen der Stadt begrüßt. Der Militärkommandant General von Ebdorf ritt den einziehenden Truppen entgegen, begrüßte sie an der Spitze der Jaroslawski und Henry Swiat und geleitete sie zum Szeptycki-Platz. Dort nahmen sämtliche Truppen Aufstellung.

Generalgouverneur von Bielecki erschien an der Front und ritt unter den Klängen der polnischen Nationalhymne die Front ab. Dann hielt der Generalgouverneur eine Ansprache, in der er die Truppen in der Hauptstadt ihres Vaterlandes willkommen hieß. Kommandant Szeptycki überlebte die Ansprache ins Polnische. Nach der Parade auf dem Szeptycki-Platz erfolgte vor dem Hotel Bristol der feierliche Einmarsch vor dem Generalgouverneur. Von dort marschierten die Truppen bis zum Königsschloß. Dann rückten sie in ihre Quartiere ein. Nach dem Vorbeimarsch vor dem Hotel Bristol wurden dem Kommandanten Szeptycki von der Bevölkerung begeisterte Oudnungen dargebracht.

Die glänzende Haltung der Truppen beim Einmarsch und besonders während des Vorbeimarsches vor dem Generalgouverneur erweckte bei der Bevölkerung große Begeisterung. Sie ist der bestmögliche Beweis für den vorzüglichen Geist und die Disziplin der Legionen.

1998